IMT Nuremberg Archives

H – 3618

International Court of Justice

H3618 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 4 August 1948

I certify that Document Number TC-20 was introduced into evidence as Exhibit Number GB-98 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3618 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document TC-20 No. GB - 98 is a photostat of an original document submitted in evidence by the British Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D. C.

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military Tribunal

Nuremberg, 4 August 1948

H3618 - 0004

DEPARTMENT OF STATE
WASHINGTON

TO ALL TO WHOM THESE PRESENTS SHALL COME, GREETING:

I certify that the document hereunto annexed is a true copy of the official German text of the treaty of arbitration and conciliation between Germany and Luxembourg signed at Geneva September 11, 1929, and the French and English translations thereof, as printed in the League of Nations Treaty Series, volume CXVIII, pages 98-111.

I further certify that, according to the official records of the Department of State, the instruments of ratification of the treaty were exchanged at Luxembourg March 29, 1939, on which date the treaty entered into force for an initial period of ten years and for five year periods thereafter unless denounced, in accordance with article XXIII thereof.

I further certify that the Department of State has received no official information that this treaty has been denounced by either party thereto.

IN TESTIMONY WHEREOF, I have hereunto set my hand and caused the Seal of the Department of State to be affixed at the City of Washington, in the District of Columbia, this thirty-first day of August, 1945.

James F. Byrnes
Secretary of State
of the United States of America.

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
GB Exhibit 98
Filed Dec 7 1945

037711

TC20

TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

Nr. 2715. — SCHIEDSGERICHTS- UND VERGLEICHSVERTRAG[1] ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND LUXEMBURG. UNTERZEICHNET IN GENF AM 11. SEPTEMBER 1929.

Texte officiel allemand communiqué par le ministre d'Etat, président du Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg. L'enregistrement de ce traité a eu lieu le 1er juin 1931.

German official text communicated by the Minister of State, President of the Government of the Grand Duchy of Luxemburg. The registration of this Treaty took place June 1, 1931.

IHRE KÖNIGLICHE HOHEIT DIE GROSSHERZOGIN VON LUXEMBURG und DER DEUTSCHE REICHSPRÄSIDENT

Gewillt, die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen ihren Ländern besteht, zu festigen und zu fördern,

Von dem Wunsche erfüllt, die friedliche Beilegung der Streitigkeiten, die zwischen ihren Staaten entstehen könnten, zu sichern,

Haben beschlossen, einen Schiedgerichts- und Vergleichsvertrag abzuschliessen, und haben zu diesem Zwecke zu Bevollmächtigten ernannt :

IHRE KÖNIGLICHE HOHEIT DIE GROSSHERZOGIN VON LUXEMBURG :

Den Staatsminister Joseph BECH, Präsidenten der Regierung ;

DER DEUTSCHE REICHSPRÄSIDENT :

Den Reichsminister des Auswärtigen Dr. STRESEMANN,

Die, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht und in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind :

Artikel 1.

Die vertragschliessenden Teile verpflichten sich, alle Streitigkeiten irgendwelcher Art, die zwischen ihnen entstehen und nicht auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, nach Massgabe des gegenwärtigen Vertrags auf friedlichem Wege zu behandeln.

Dieser Vertrag findet auch dann Anwendung, wenn eine Streitigkeit in Ereignissen ihren Ursprung hat, die zeitlich vor seinem Abschluss liegen. Jedoch sind diejenigen Streitigkeiten, die im Zusammenhang mit Ereignissen des Weltkrieges stehen, von diesem Vertrage ausgeschlossen.

Die Streitfragen, für deren Lösung durch andere, zwischen den vertragschliessenden Teilen in Geltung befindliche Abkommen ein besonderes Verfahren vorgesehen ist oder vorgesehen werden wird, werden nach Massgabe der Bestimmungen dieser Abkommen geregelt.

[1] L'échange des ratifications a eu lieu à Luxembourg, le 29 mai 1931.

[1] The exchange of ratifications took place at Luxemburg, May 29, 1931.

H3618 – 0005

037712

Artikel II.

Handelt es sich um eine Streitfrage, deren Gegenstand nach der inneren Gesetzgebung eines der vertragschliessenden Teile zur Zuständigkeit seiner Landesgerichte gehört, so wird der Streitfall dem in diesem Vertrage vorgesehenen Verfahren erst dann unterworfen, wenn das innerhalb einer angemessenen Frist von der zuständigen Gerichtsbehörde des Landes erlassene Urteil die Rechtskraft erlangt hat.

Artikel III.

Streitigkeiten, bei denen die vertragschliessenden Teile untereinander über ein Recht im Streite sind, namentlich diejenigen Streitfragen, die einer der in Artikel 13 der Völkerbundssatzung aufgeführten Kategorien angehören, werden dem Ständigen Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung unterbreitet.

Die vertragschliessenden Teile werden dem Ständigen Internationalen Gerichtshof den Streitfall auf Grund einer in jedem Einzelfalle zu treffenden Vereinbarung gemeinsam unterbreiten. Sollten sie sich nicht einigen, so soll jede von ihnen zwei Monate nach Ankündigung an die andere Partei befugt sein, die Streitfrage durch einen Antrag unmittelbar vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof zu bringen.

Artikel IV.

Die vertragschliessenden Teile behalten sich vor, im Einzelfalle zu vereinbaren, dass die Streitigkeit nicht dem Ständigen Internationalen Gerichtshof, sondern einem besonderen Schiedsgericht unterbreitet wird. Diese Vereinbarung erfolgt durch Festsetzung einer besonderen Schiedsordnung. Darin werden der Streitgegenstand, die etwaigen besonderen Befugnisse des Gerichts, dessen Zusammensetzung und Sitz, die Höhe des von jeder Partei als Kostenvorschuss zu hinterlegenden Betrags, die hinsichtlich der Form und der Fristen des Verfahrens zu beobachtenden Regeln sowie die sonst notwendigen Einzelheiten bestimmt.

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Bestimmungen der Schiedsordnung werden vom Schiedsgericht entschieden.

Artikel V.

Der Ständige Internationale Gerichtshof oder das Schiedsgericht legen ihren Entscheidungen zugrunde :

1. Die zwischen den Parteien geltenden Uebereinkünfte allgemeiner oder besonderer Art und die sich daraus ergebenden Rechtssätze ;

2. Das internationale Gewohnheitsrecht als Ausdruck einer allgemeinen, als Recht anerkannten Übung ;

3. Die allgemeinen, von den Kulturstaaten anerkannten Rechtsgrundsätze.

Soweit im einzelnen Falle die vorstehend erwähnten Rechtsgrundlagen Lücken aufweisen, entscheidet das Schiedsgericht nach den Rechtsgrundsätzen, die nach seiner Ansicht die Regel des internationalen Rechts sein sollten. Es folgt dabei bewährter Lehre und Rechtsprechung.

Mit Zustimmung beider Parteien kann das Schiedsgericht seine Entscheidung, anstatt sie auf Rechtsgrundsätze zu stützen, nach billigem Ermessen treffen.

Artikel VI.

Vor jedem Verfahren bei dem Ständigen Internationalen Gerichtshof und vor jedem Schiedsverfahren kann die Streitfrage durch Vereinbarung der Parteien zur Herbeiführung eines

H3618 – 0006

037713

Vergleichs einer ständigen internationalen Kommission, genannt « Ständige Vergleichskommission » unterbreitet werden, die gemäss dem gegenwärtigen Abkommen gebildet wird.

Artikel VII.

Die in Artikel VI vorgesehene Ständige Vergleichskommission besteht aus fünf Mitgliedern, die wie folgt bestellt werden : Die vertragschliessenden Teile ernennen jeder ein Mitglied ihrer Staatsangehörigkeit und wählen die drei übrigen Mitglieder in gegenseitigem Einvernehmen unter den Staatsangehörigen dritter Mächte. Diese drei Mitglieder müssen von verschiedener Staatsangehörigkeit sein ; aus ihrer Mitte bezeichnen die vertragschliessenden Teile den Vorsitzenden der Kommission.

Die Mitglieder der Ständigen Vergleichskommission werden für fünf Jahre ernannt ; ihre Wiederernennung ist zulässig. Sie bleiben in Tätigkeit bis zur Bestellung eines Nachfolgers und jedenfalls bis zur Beendigung der zur Zeit des Ablaufs ihres Auftrags im Gange befindlichen Arbeiten.

Stellen, die infolge Todesfalls, Amtsniederlegung oder sonstiger Behinderung frei werden, werden in kürzester Frist nach dem für die Ernennung massgebenden Verfahren wiederbesetzt.

Artikel VIII.

Die Ständige Vergleichskommission wird innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages gebildet.

Erfolgt die Berufung der gemeinsam zu bestellenden Mitglieder nicht innerhalb des genannten Zeitraums oder, im Falle der Ersetzung, nicht innerhalb von drei Monaten nach Freiwerden der Stelle, so wird in Ermangelung abweichender Vereinbarung der Schweizerische Bundespräsident gebeten werden, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

Artikel IX.

Die Ständige Vergleichskommission tritt in Tätigkeit auf einen Antrag, der von den beiden Parteien in gegenseitigem Einvernehmen oder, mangels eines solchen Einvernehmens, von einer der beiden Parteien an den Vorsitzenden zu richten ist.

Der Antrag enthält eine kurze Darstellung des Streitfalles und das Ersuchen an die Kommission, alle geeigneten Massnahmen zur Herbeiführung eines Vergleichs anzuwenden.

Geht der Antrag von einer der Parteien aus, so wird er von dieser der Gegenpartei unverzüglich mitgeteilt.

Artikel X.

Innerhalb von 14 Tagen nach dem Tage, an dem einer der vertragschliessenden Teile eine Streitfrage vor die Ständige Vergleichskommission gebracht hat, kann jede der Parteien für die Behandlung dieser Streitfrage das von ihr allein ernannte Mitglied durch eine Persönlichkeit ersetzen, die in der Angelegenheit besondere Sachkunde besitzt.

Die Partei, die von diesem Rechte Gebrauch macht, teilt das unverzüglich der anderen Partei mit, der es alsdann freisteht, innerhalb von 14 Tagen nach dem Tage, an dem ihr die Mitteilung zugegangen ist, das gleiche zu tun.

Artikel XI.

Der Ständigen Vergleichskommission liegt es ob, die streitigen Fragen zu klären, zu diesem Zwecke alle geeigneten Auskünfte auf dem Wege einer Untersuchung oder sonstwie zu sammeln

037714

H3618 – 0007

und sich zu bemühen, einen Vergleich zwischen den Parteien herbeizuführen. Sie kann nach Prüfung des Falles den Parteien die Bedingungen der ihr angemessen scheinenden Regelung mitteilen und ihnen eine Frist zur Erklärung setzen.

Nach Beendigung ihrer Arbeiten stellt die Kommission ein Protokoll auf, das je nach Lage des Falles feststellt entweder, dass sich die Parteien verständigt haben und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen die Verständigung erfolgt ist, oder aber, dass die Parteien nicht zur Annahme eines Vergleiches gebracht werden konnten.

Die Arbeiten der Kommission müssen, wenn die Parteien nichts anderes vereinbaren, innerhalb von sechs Monaten nach dem Tage beendet sein, an dem die Kommission mit dem Streitfall befasst wurde.

Artikel XII.

Vorbehaltlich einer besonderen abweichenden Vereinbarung regelt die Ständige Vergleichskommission selbst ihr Verfahren, das in jedem Falle kontradiktorisch sein muss. Bei Untersuchungen hält sich die Kommission, wenn sie nicht einstimmig abweichend beschliesst, an die Bestimmungen des Titel III (Internationale Untersuchungskommissionen), des Haager Abkommens [1] zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907.

Artikel XIII.

Die Ständige Vergleichskommission tritt, sofern sich nicht die Parteien hierüber abweichend einigen, an dem von ihrem Vorsitzenden bestimmten Orte zusammen.

Artikel XIV.

Die Arbeiten der Ständigen Vergleichskommission sind nur dann öffentlich, wenn die Kommission mit Zustimmung der Parteien einen dahingehenden Beschluss fasst.

Artikel XV.

Die Parteien werden bei der Ständigen Vergleichskommission durch Agenten vertreten, die als Mittelspersonen zwischen ihnen und der Kommission zu dienen haben ; sie können sich ausserdem der Hilfe von Rechtsbeiständen und Sachverständigen, die sie zu diesem Zwecke ernennen, bedienen und die Vernehmung aller Personen verlangen, deren Zeugnis ihnen nützlich erscheint.

Die Kommission ist ihrerseits befugt, von den Agenten, Rechtsbeiständen und Sachverständigen der beiden Parteien sowie von allen Personen, die sie mit Zustimmung ihrer Regierung vorzuladen für zweckmässig erachtet, mündliche Erläuterungen zu verlangen.

Artikel XVI.

Die Ständige Vergleichskommission ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäss geladen und mindestens die gemeinsam berufenen Mitglieder anwesend sind.

Die Ständige Vergleichskommission trifft ihre Entschliessungen mit einfacher Stimmenmehrheit. Im Falle der Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

[1] DE MARTENS, *Nouveau Recueil général de Traités*, troisième série, tome III, page 360.

[1] *British and Foreign State Papers*, Vol. 100, page 298.

H3618 – 0008

037715

Artikel XVII.

Die vertragschliessenden Teile verpflichten sich, die Arbeiten der Ständigen Vergleichskommission zu fördern und insbesondere in möglichst weitem Masse alle zweckdienlichen Urkunden und Auskünfte zu liefern, sowie die ihnen zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um ihr auf dem Gebiete der Parteien und gemäss deren Gesetzgebung die Vorladung und Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sowie die Einnahme des Augenscheins zu ermöglichen.

Artikel XVIII.

Für die Dauer der Arbeiten der Ständigen Vergleichskommission erhält jedes der gemeinschaftlich berufenen Mitglieder eine Vergütung, deren Höhe von den vertragschliessenden Teilen gemeinsam festgesetzt und die von den beiden je zur Hälfte getragen wird. Die Kosten, die durch die Tütigkeit der Kommission entstehen, werden in gleicher Weise geteilt.

Artikel XIX.

Alle anderen Streitfragen, die nicht in Artikel III aufgeführt sind, werden auf Antrag einer Partei dem in den vorstehenden Artikeln vorgesehenen Verfahren vor der Ständigen Vergleichskommission unterbreitet.

Artikel XX.

Besteht eine Meinungsverschiedenheit über die Natur der Streitfrage, so wird diese Vorfrage mangels einer Einigung über ein anderes Verfahren dem Ständigen Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung im summarischen Verfahren unterbreitet.

Artikel XXI.

In allen Fällen und namentlich dann, wenn die zwischen den Parteien streitige Frage aus bereits vollzogenen oder unmittelbar bevorstehenden Handlungen hervorgeht, wird je nach Lage des Falles die Ständige Vergleichskommission oder der Ständige Internationale Gerichtshof oder das Schiedsgericht, und zwar der Ständige Internationale Gerichtshof gemäss Artikel 41 seines Statuts [1] so schnell wie möglich anordnen, welche vorläufigen Massnahmen zu treffen sind. Die vertragschliessenden Teile verpflichten sich, diese Anordnungen zu befolgen, sich jeder Massnahme zu enthalten, die eine nachteilige Rückwirkung auf die Ausführung der Entscheidung oder der von der Ständigen Vergleichskommission vorgeschlagenen Regelung haben könnte, und allgemein jegliche Handlung zu vermeiden, die geeignet wäre, die Streitigkeit zu verschärfen oder auszudehnen.

Artikel XXII.

Dieser Vertrag gelangt zwischen den Hohen vertragschliessenden Teilen auch dann zur Anwendung, wenn auch andere Mächte an dem Streitfall beteiligt sind.

[1] Vol. VI, page 379 ; vol. XI, page 404 ; vol. XV, page 304 ; vol. XXIV, page 152 ; vol. XXVII, page 416 ; vol. XXXIX, page 165 ; vol. XLV, page 96 ; vol. L, page 159 ; vol. LIV, page 387 ; vol. LXIX, page 70 ; vol. LXXII, page 452 ; vol. LXXVIII, page 435 ; vol. LXXXVIII, page 272 ; vol. XCII, page 362 ; vol. XCVI, page 180 ; vol. C, page 153 ; vol. CIV, page 492 ; vol. CVII, page 461 ; vol. CXI, page 402 ; et vol. CXVII, page 46, de ce recueil.

[1] Vol. VI, page 379 ; Vol. XI, page 405 ; Vol. XV, page 305 ; Vol. XXIV, page 153 ; Vol. XXVII, page 417 ; Vol. XXXIX, page 165 ; Vol. XLV, page 96 ; Vol. L, page 159 ; Vol. LIV, page 387 ; Vol. LXIX, page 70 ; Vol. LXXII, page 452 ; Vol. LXXVIII, page 435 ; Vol. LXXXVIII, page 272 ; Vol. XCII, page 362 ; Vol. XCVI, page 180 ; Vol. C, page 153 ; Vol. CIV, page 492 ; Vol. CVII, page 461 ; Vol. CXI, page 402 ; and Vol. CXVII, page 46, of this Series.

H3618 – 0009

037716

Artikel XXIII:

Dieser Vertrag soll ratifiziert werden.

Er tritt in Kraft mit dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden, der in Luxemburg stattfinden wird. Er gilt für die Dauer von zehn Jahren. Wird er nicht sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraums gekündigt, so bleibt er für weitere fünf Jahre in Kraft und so weiter.

Sollte bei Ablauf des Vertrages irgendein Verfahren in Verfolg dieses Vertrages vor der Ständigen Vergleichskommission, vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof oder vor einem Schiedsgericht anhängig sein, so bleibt der Vertrag hinsichtlich dieses Streitfalls bis zu seiner endgültigen Erledigung in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher Sprache, in Genf, den 11. September 1929.

Gez. : BECH.
Gez. : STRESEMANN.

PROTOKOLL.

Zur Erläuterung des Artikel I, Abs. 2 des heute unterzeichneten Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrages zwischen dem Grossherzogtum Luxemburg und dem Deutschen Reiche wird folgendes festgestellt.

Zu den von der Anwendung dieses Vertrages ausgeschlossenen Streitigkeiten im Sinne des Satzes 2 des Abs. 2 des Artikels 1 gehören auch alle beiderseitigen Eisenbahnforderungen (Schlussabsatz des Zusatzprotokolls vom 22. August 1927 zum Protokoll vom 30. Oktober 1925).

GENF, *den* 11. *September* 1929.

Gez. : BECH.
Gez. : STRESEMANN.

Pour expédition conforme :

Luxembourg, le 29 mai 1931.

Le Ministre d'Etat,
Président du Gouvernement :
(Signé) Bech.

037717

H3618 – 0010

[1] TRADUCTION

Nº 2715. — TRAITÉ D'ARBITRAGE ET DE CONCILIATION ENTRE L'ALLEMAGNE ET LE LUXEMBOURG. SIGNÉ A GENÈVE, LE 11 SEPTEMBRE 1929.

SON ALTESSE ROYALE LA GRANDE-DUCHESSE DE LUXEMBOURG et LE PRÉSIDENT DU REICH ALLEMAND,

Animés du désir de consolider et resserrer les relations pacifiques et les liens d'amitié qui existent entre leurs deux pays et d'assurer le règlement pacifique des différends qui viendraient à s'élever entre leurs deux pays, ont résolu de conclure un traité d'arbitrage et de conciliation et ont désigné à cet effet pour leurs plénipotentiaires :

SON ALTESSE ROYALE LA GRANDE-DUCHESSE DU LUXEMBOURG :

Le ministre d'Etat Joseph BECH, président du Gouvernement ;

LE PRÉSIDENT DU REICH ALLEMAND :

Le ministre des Affaires étrangères du Reich : Dr STRESEMANN ;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Article premier.

Les Parties contractantes s'engagent à régler pacifiquement, selon les dispositions du présent traité, tous les litiges de quelque nature qu'ils soient, qui s'élèveraient entre elles et qui n'auraient pu être résolus par la voie diplomatique.

Le présent traité est également applicable aux différends dont l'origine remonte à des événe-

[1] Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations, à titre d'information.

[1] TRANSLATION.

No. 2715. — TREATY OF ARBITRATION AND CONCILIATION, BETWEEN GERMANY AND LUXEMBURG. SIGNED AT GENEVA, SEPTEMBER 11, 1929.

HER ROYAL HIGHNESS THE GRAND DUCHESS OF LUXEMBURG and THE PRESIDENT OF THE GERMAN REICH,

Being desirous of consolidating and developing the peaceful and friendly relations existing between the two countries and of ensuring the pacific settlement of any disputes which may arise between them,

Have decided to conclude a Treaty of Arbitration and Conciliation and have appointed as their Plenipotentiaries for this purpose :

HER ROYAL HIGHNESS THE GRAND DUCHESS OF LUXEMBURG :

M. Joseph BECH, Minister of State, President of the Government ;

THE PRESIDENT OF THE GERMAN REICH :

Dr. STRESEMANN, Minister for Foreign Affairs ;

Who, having communicated to each other their full powers, found in good and due form, have agreed as follows :

Article I.

The Contracting Parties undertake to settle by peaceful means, as provided in the present Treaty, all disputes of any nature whatever which may arise between them and which it may not be possible to settle by diplomacy.

The present Treaty shall also apply to any dispute arising out of events prior to its con-

[1] Translated by the Secretariat of the League of Nations, for information.

H3618 – 0011

037718

...ois antérieurs à sa conclusion. Toutefois, les différends relatifs à des événements de la guerre mondiale sont exclus du présent traité.

Lorsque d'autres conventions en vigueur entre les Parties contractantes prévoiront une procédure spéciale pour la solution de certains litiges, ceux-ci seront réglés conformément aux dispositions desdites conventions.

Article II.

Les litiges qui, aux termes de la législation nationale d'une des Parties contractantes, relèvent de la compétence de ses tribunaux ne seront soumis à la procédure prévue par le présent traité qu'après qu'une décision définitive aura été rendue dans un délai raisonnable par la juridiction compétente du pays intéressé.

Article III.

Les différends d'ordre juridique entre les Parties contractantes, spécialement les différends qui appartiennent à l'une des catégories mentionnées à l'article 13 du Pacte de la Société des Nations, seront soumis à la Cour permanente de Justice internationale.

Les Parties contractantes soumettront conjointement le différend à la Cour permanente de Justice internationale au moyen d'un compromis établi dans chaque cas particulier. En cas de désaccord, il sera loisible à chacune des deux Parties contractantes, deux mois après une notification adressée à l'autre Partie, de saisir directement du litige la Cour permanente de Justice internationale par voie de requête.

Article IV.

Les Parties contractantes se réservent de convenir, dans chaque cas particulier, que le conflit sera porté devant un tribunal arbitral spécial au lieu de la Cour permanente de Justice internationale. Cette convention résultera de la conclusion d'un compromis d'arbitrage spécial, qui déterminera l'objet du différend, les compétences particulières qui pourraient être dévolues au tribunal, sa composition et son siège, la somme à consigner par chacune des Parties à titre de provision, les règles à observer en ce qui concerne la forme et les délais de la procé-

...clusion. Nevertheless, disputes relating to events of the World War shall be excluded from the present Treaty.

Disputes for the settlement of which a special procedure is or may hereafter be laid down, in other Conventions in force between the Contracting Parties shall be settled in conformity with the provisions of those Conventions.

Article II.

Any dispute which, according to the municipal law of either Contracting Party, is within the competence of its own courts, shall not be submitted to the procedure provided in the present Treaty until judgment has been rendered within a reasonable time by the competent judicial authorities of the country and has acquired force of law.

Article III.

Any disputes between the Contracting Parties concerning a right, and especially disputes belonging to the categories mentioned in Article 13 of the Covenant of the League of Nations, shall be submitted to the Permanent Court of International Justice.

The Contracting Parties shall submit the dispute to the Permanent Court of International Justice jointly, by means of a special agreement concluded in each individual case. In the event of disagreement, either Party shall be entitled, after giving two months' notice to the other Party, to bring the dispute before the Permanent Court of International Justice direct by means of an application.

Article IV.

The Contracting Parties reserve the right ot agree, in any individual case, that the dispute in question shall not be submitted to the Permanent Court of International Justice, but to a special Arbitral Tribunal. This decision shall be based on the conclusion of a special arbitration agreement which shall determine the subject of the dispute, any special powers which may be accorded to the Tribunal, its composition and place of meeting, the sum to be deposited by each Party as provision for costs, the rules to be observed in respect of the form and time-

037719

H3618 – 0012

dre, ainsi que toutes les autres conditions nécessaires.

Les contestations relatives à l'interprétation des dispositions du compromis d'arbitrage seront tranchées par le tribunal arbitral.

Article V.

La Cour permanente de Justice internationale ou le tribunal arbitral appliquera :

1° Les conventions générales ou spéciales en vigueur entre les Parties, ainsi que les normes juridiques qui en dérivent ;

2° La coutume internationale comme preuve d'une pratique générale acceptée comme étant le droit ;

3° Les principes généraux de droit reconnus par les nations civilisées.

En cas d'insuffisance des bases juridiques susmentionnées, le tribunal arbitral statuera conformément aux principes juridiques qui devraient constituer, d'après lui, les règles du droit international. Il suivra, à cet effet, la jurisprudence et la doctrine diminantes.

Si les Parties sont d'accord, le tribunal arbitral statuera *ex aequo et bono*, au lieu de se fonder sur des principes de droit.

Article VI.

Avant toute procédure devant la Cour permanente de Justice internationale ou avant toute procédure d'arbitrage, la contestation pourra être, d'un commun accord entre les Parties, soumise, à fin de conciliation, à une Commission internationale permanente, dite « Commission permanente de conciliation », constituée conformément au présent traité.

Article VII.

La Commission permanente de conciliation prévue à l'article VI sera composée de cinq membres qui seront désignés comme suit : les Parties contractantes nommeront chacune un commissaire parmi leurs ressortissants respectifs et choisiront d'un commun accord les trois autres commissaires parmi les ressortissants de tierces Puissances. Ces trois commissaires

limit of the proceedings, and any other details which may be considered necessary.

Any disputes with regard to the interpretation of the arbitration agreement shall be settled by the Arbitral Tribunal.

Article V.

The Permanent Court of International Justice or the Arbitral Tribunal shall base its decision on :

(1) The conventions, whether general or particular, in force between the Parties and the principles of law arising therefrom ;

(2) International customs as evidence of a general practice accepted as law ;

(3) The general principles of law recognised by civilised nations.

In any case in which the aforementioned legal bases are insufficient, the Arbitral Tribunal shall decide according to the legal principles which, in its opinion, should constitute the rules of international law. It shall follow recognised doctrine and legal practice in the matter.

If both Parties agree, the Tribunal may, instead of basing its decision on legal principles, give an award in accordance with considerations of equity.

Article VI.

Before being submitted to the Permanent Court of International Justice, or to any arbitration procedure, the dispute may, by mutual agreement between the Parties, be referred for amicable settlement to a permanent international commission called the " Permanent Conciliation Commission ", which shall be constituted in accordance with the present Treaty.

Article VII.

The Permanent Conciliation Commission provided for in Article VI shall consist of five members appointed as follows : The Contracting Parties shall each nominate one member from among their respective nationals and shall elect the three remaining members by mutual agreement from among the nationals of other Powers. These three members must be of

037720

H3618 – 0013

devront être de nationalité différente et, parmi eux, les Parties contractantes désigneront le président de la commission.

Les commissaires sont nommés pour cinq ans ; leur mandat est renouvelable. Ils resteront en fonctions jusqu'à leur remplacement et, dans tous les cas, jusqu'à l'achèvement des travaux en cours lors de l'expiration de leur mandat.

Il sera pourvu, dans le plus bref délai, aux vacances qui viendraient à se produire par suite de décès, de démission ou de tout autre empêchement selon la procédure fixée pour les nominations.

Article VIII.

La Commission permanente de conciliation sera constituée dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent traité.

Si la nomination des commissaires à désigner d'un commun accord n'intervenait pas dans ledit délai ou, en cas de remplacement, dans les trois mois à compter de la vacance du siège, le Président de la Confédération helvétique sera, à défaut d'autre entente, prié de procéder aux désignations nécessaires.

Article IX.

La Commission permanente de conciliation sera saisie par voie de requête adressée au président par les deux Parties agissant d'un commun accord, ou à défaut, par l'une ou l'autre des Parties.

La requête exposera sommairement l'objet du litige et invitera la commission à appliquer toutes mesures propres à conduire à une conciliation.

Si la requête émane d'une seule des Parties, elle sera notifiée par celle-ci sans délai à l'autre Partie.

Article X.

Dans un délai de quatorze jours à partir de la date où l'une des deux Parties aurait porté une contestation devant la Commission permanente de conciliation, chacune des Parties pourra, pour l'examen de cette contestation, remplacer le commissaire nommé par elle par une personne possédant une compétence spéciale dans la matière.

different nationalities and the Contracting Parties shall appoint the President of the Commission from among them.

The members of the Permanent Conciliation Commission shall be appointed for five years and shall be eligible for re-appointment. They shall retain their functions until they have been replaced, and in any case until the completion of the work in progress at the time of the expiry of their term of office.

Any vacancies which may occur through death, resignation, or any other cause, shall be filled within the shortest possible time according to the procedure laid down for appointment.

Article VIII.

The Permanent Conciliation Commission shall be constituted within three months after the present Treaty has come into force.

If the nomination of the members to be appointed jointly has not taken place within the said time-limit, or, in case of replacement, within three months from the date on which the vacancy occurs, the President of the Swiss Confederation shall, in the absence of any other agreement, be invited to make the necessary appointments.

Article IX.

The Permanent Conciliation Commission shall enter upon its duties on receipt of an application addressed to the President by both Parties in mutual agreement, or, in the absence of such agreement, by one of the Parties.

The application shall contain a brief statement of the subject of the dispute and a request to the Commission to take all suitable measures with a view to bringing about an amicable settlement.

If one of the Parties submits an application, it shall immediately notify the other Party.

Article X.

Within two weeks from the date when one of the Contracting Parties has referred a dispute to the Permanent Conciliation Commission, either Party may, for the purpose of this particular dispute, replace its member by a person possessing expert knowledge of the question at issue.

037721

H3618 – 0014

La Partie qui userait de ce droit en fera immédiatement la notification à l'autre Partie qui aura, dans ce cas, la faculté d'agir de même dans un délai de quatorze jours à compter de la date où la notification lui sera parvenue.

The Party exercising this right shall immediately inform the other Party; the latter shall in that case be entitled to take similar action within two weeks after the receipt of such notice.

Article XI.

La Commission permanente de conciliation aura pour tâche d'élucider les questions litigieuses, de recueillir à cette fin toutes les informations utiles par voie d'enquête ou autrement et de s'efforcer de concilier les Parties. Elle pourra, après examen de l'affaire, faire connaître aux Parties les termes de l'arrangement qui lui paraîtrait convenable et leur impartir un délai pour se prononcer.

A la fin de ses travaux, la commission dressera un procès-verbal constatant, suivant le cas, soit que les Parties se sont arrangées et, s'il y a lieu, les conditions de l'arrangement, soit que les Parties n'ont pu être conciliées.

Les travaux de la commission devront, à moins que les Parties en conviennent différemment, être terminés dans un délai de six mois à compter du jour où la Commission aura été saisie du litige.

Article XI.

It shall be the task of the Permanent Conciliation Commission to elucidate the question in dispute and to obtain for this purpose all relevant information either by investigation or otherwise, and to endeavour to bring about an amicable settlement between the Parties. The Commission may, after examining the case, communicate to the Parties the conditions of settlement which it deems suitable and request them to submit their observations thereon within a specified time-limit.

On the conclusion of its work the Commission shall draw up a report which shall, according to the circumstances of the case, state either that the Parties have come to an agreement and, if necessary, the conditions of such agreement, or that it has not been possible to effect a settlement between the Parties.

The work of the Commission must, unless the Parties agree otherwise, be completed within six months from the date on which the dispute was submitted to it.

Article XII.

Sauf stipulation spéciale contraire, la Commission permanente de conciliation réglera elle-même sa procédure qui, dans tous les cas, devra être contradictoire. En matière d'enquête, la commission, si elle n'en décide autrement à l'unanimité, se conformera aux dispositions du titre III (Commissions internationales d'enquête) de la Convention de La Haye du 18 octobre 1907 sur le réglement pacifique des conflits internationaux.

Article XII.

Unless there is a special agreement to the contrary, the Permanent Conciliation Commission shall lay down its own procedure, which shall in any case provide for both Parties being heard. As regards enquiries, the Commission shall, unless it unanimously decides otherwise, conform to the provisions of Chapter III (International Commissions of Enquiry) of The Hague Convention of October 18, 1907, for the Pacific Settlement of International Disputes.

Article XIII.

La Commission permanente de conciliation se réunira, sauf accord contraire entre les Parties, au lieu désigné par son président.

Article XIII.

The Permanent Conciliation Commission shall, unless the Parties decide otherwise, meet at the place chosen by its President.

037722

H3618 – 0015

Article XIV.

Les travaux de la Commission permanente de conciliation ne seront publics qu'en vertu d'une décision prise par la commission avec l'assentiment des Parties.

Article XV.

Les Parties seront représentées auprès de la Commission permanente de conciliation par des agents ayant mission de servir d'intermédiaires entre elles et la commission ; elles pourront, en outre, se faire assister par des conseils et experts nommés par elles à cet effet et demander l'audition de toute personne dont le témoignage leur paraîtra utile.

La Commission aura, de son côté, la faculté de demander des explications orales aux agents, conseils et experts des deux Parties ainsi qu'à toutes personnes qu'elle jugera utile de faire comparaître avec l'assentiment de leur gouvernement.

Article XVI.

La Commission permanente de conciliation ne pourra statuer que si tous ses membres ont été régulièrement convoqués et à condition que soient présents tous les membres nommés conjointement par les Parties.

Les décisions de la Commission permanente de conciliation seront prises à la majorité des voix. En cas de partage, la voix du président sera prépondérante.

Article XVII.

Les Parties contractantes s'engagent à faciliter les travaux de la Commission permanente de conciliation et, en particulier, à lui fournir dans la plus large mesure possible tous documents et informations utiles ainsi qu'à user des moyens dont elles disposent pour lui permettre de procéder sur leur territoire et selon leur législation à la citation et à l'audition de témoins ou d'experts et à des transports sur les lieux.

Article XVIII.

Pendant la durée des travaux de la Commission permanente de conciliation, chacun des

Article XIV.

The proceedings of the Permanent Conciliation Commission shall not be public unless the Commission so decides with the agreement of the Parties.

Article XV.

The parties shall be represented before the Permanent Conciliation Commission by agents, who shall act as intermediaries between them and the Commission ; they may also be assisted by counsel and experts whom they shall appoint for the purpose, and may ask that any person whose evidence may seem to them useful, shall be heard.

The Commission shall, for its part, be entitled to obtain verbal explanations from the agents, counsel and experts of both Parties and from any persons whom it may consider useful to summon, with the consent of their respective Governments.

Article XVI.

The proceedings of the Permanent Conciliation Commission shall be valid if all the members have been duly convened and if at least the members nominated jointly are present.

The decisions of the Permanent Conciliation Commission shall be taken by a majority vote. If the votes are equally divided, the Chairman shall have a casting vote.

Article XVII.

The Contracting Parties undertake to assist the Permanent Conciliation in its work and, in particular, to furnish it, as far as possible, with all useful documents and information, and to use all the means at their disposal to enable it, in their respective territories and according to their respective laws, to summon and hear witnesses and experts and to proceed to investigations on the spot.

Article XVIII.

For the duration of the work of the Permanent Conciliation Commission each of the members

037723

H3618 – 0016

H3618 – 0017

commissaires nommés conjointement recevra une indemnité dont le montant sera arrêté d'un commun accord entre les Parties contractantes qui en supporteront chacune une part égale. Les frais auxquels donnerait lieu le fonctionnement de la commission seront également partagés par moitié.

appointed jointly shall receive emoluments, the amount of which shall be fixed by mutual agreement between the Contracting Parties, who shall each contribute one half thereof. The costs arising out of the proceedings of the Commission shall be shared in a similar manner.

Article XIX.

Tous les litiges autres que ceux visés à l'article III seront soumis, à la requête d'une des Parties, à la Commission permanente de conciliation conformément à la procédure prévue aux précédents articles.

Article XIX.

All disputes other than those mentioned in Article III shall, on the proposal of either Party, be submitted to the Permanent Conciliation Commission according to the procedure laid down in the foregoing Articles.

Article XX.

En cas de contestation au sujet de la nature du différend, cette question préjudicielle sera, à défaut d'accord sur une autre procédure, soumise à la Cour permanente de Justice internationale qui statuera sommairement.

Article XX.

In the case of disagreement with regard to the nature of the dispute, this preliminary question shall, if no other procedure is agreed upon, be submitted to the Permanent Court of International Justice for a summary decision.

Article XXI.

Dans tous les cas et notamment si le litige résulte d'actes déjà accomplis ou sur le point de l'être, la Commission permanente de conciliation, le Tribunal arbitral ou, selon le cas, la Cour permanente de Justice internationale statuant conformément à l'article 41 de son Statut ordonnera, dans le plus bref délai possible, quelles mesures provisoires doivent être prises. Les Parties contractantes s'engagent à s'y conformer, à s'abstenir de toute mesure susceptible d'avoir des répercussions préjudiciables à l'exécution de la décision ou de l'arrangement proposé par la Commission permanente de conciliation et, en général, à éviter tout acte de nature à aggraver ou à étendre le différend.

Article XXI.

In all cases, particularly when the dispute between the Parties arises from events which have already taken place or are about to take place, the Permanent Conciliation Commission or the arbitral tribunal or the Permanent Court of International Justice in accordance with Article 41 of its Statute, as the case may be, shall, as soon as possible, give instructions as to what provisional measures shall be taken. The Contracting Parties undertake to observe these instructions and to refrain from any measures which may have effects prejudicial to the decision or to the settlement proposed by the Permanent Conciliation Commission, and in general to avoid any act liable to aggravate or extend the dispute.

Article XXII.

Le présent traité restera applicable entre les Hautes Parties contractantes, encore que d'autres Puissances aient également un intérêt dans le différend.

Article XXII.

The present Treaty shall be valid as between the High Contracting Parties even if other Powers are concerned in the dispute.

03772

H3618 – 0018

Article XXIII.

Le présent traité sera ratifié.

Il entrera en vigueur le jour de l'échange des instruments de ratification qui aura lieu à Luxembourg. Il sera valable pour une durée de dix ans. S'il n'est pas dénoncé six mois avant l'expiration de ce délai, il restera en vigueur pendant une nouvelle période de cinq ans, et ainsi de suite.

Si, lors de l'expiration du présent traité, une procédure quelconque, en vertu de ce traité, se trouvait pendante devant la Commission permanente de conciliation, devant la Cour permanente de Justice internationale ou devant un tribunal arbitral, le présent traité resterait en vigueur, en ce qui concerne ce différend, jusqu'au règlement définitif de celui-ci.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé le présent traité.

Fait en double à Genève, en langue allemande, le 11 septembre 1929.

(Signé) BECH.
(Signé) STRESEMANN.

Article XXIII.

The present Treaty shall be ratified.

It shall come into force on the date of the exchange of the instruments of ratification, which shall take place in Luxemburg. It shall be valid for a period of ten years. If, however, it is not denounced six months before the expiration of this period, it shall remain in force for a further period of five years, and similarly thereafter.

If at the time when the Treaty expires any proceedings in virtue of the present Treaty are pending before the Permanent Conciliation Commission, the Permanent Court of International Justice or an arbitral tribunal, the Treaty shall remain in force in respect of the dispute in question, until a definite settlement has been reached.

In faith whereof the Plenipotentiaries have signed the present Treaty.

Done in duplicate at Geneva, in German, September 11, 1929.

(Signed) BECH.
(Signed) STRESEMANN.

PROTOCOLE

L'article premier, alinéa 2, du traité d'arbitrage et de conciliation signé ce jour entre le Grand-Duché de Luxembourg et l'Allemagne reçoit l'interprétation suivante :

Rentrent également dans les litiges exclus du champ d'application du présent traité au sens de la deuxième phrase de l'alinéa 2 de l'article premier, toutes les réclamations mutuelles relatives aux chemins de fer (dernier alinéa du Protocole additionnel du 22 août 1927 au Protocole du 30 octobre 1925).

GENÈVE, *le 11 septembre* 1929.

(Signé) BECH.
(Signé) STRESEMANN.

PROTOCOL.

The following provision has been decided upon with regard to the interpretation of Article 1 paragraph 2 of the Treaty of Arbitration and Conciliation signed this day between the Grand Duchy of Luxemburg and the German Reich.

The disputes referred to in the second sentence of pragraph 2 of Article I as disputes to which the present Treaty shall not apply shall include all mutual claims relating to railways (final paragraph of the Additional Protocol of August 22, 1927, to the Protocol of October 30, 1925).

GENEVA, *September* 11, 1929.

(Signed) BECH.
(Signed) STRESEMANN.

037725

H3618-0018A

TC-20

GB98
H-3618

TC 20

G. B. EXHIBIT

037710

15

GB98
T.C 20
G. B. EXHIBIT
H3618 – 0019

H3618 – 0020

15 pages (incl. 1 certificate)

15 pages